

Niederschrift

über die 38. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 14.02.2012, von 17:00 bis 18.40 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Anwesend: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 17. 01.2012
4. Auflösung des Vertragsverhältnisses mit der Initiative HaldensLeben-dig e.V.
Vorlage: 202-(V.)/2011
5. Finanzielle Beteiligung der Stadt Haldensleben an der Wiederinbetriebnahme des Schiffshebewerkes Magdeburg - Vorlage: 212-(V.)/2012
6. Mitteilungen
7. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 17. 01. 2012
9. Vertragsangelegenheit - Vorlage: 211-(V.)/2012
10. Mitteilungen
11. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Stefan Gratzke eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 7 Mitglieder des Ausschusses und die sachkundigen Einwohner Herr Hoffmann und Herr Schiefer anwesend. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Stadträtin Regina Blenkle nimmt i. V. für Stadträtin Jeannette Lohan teil.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Stefan Gratzke weist darauf hin, dass es für den nichtöffentlichen Teil noch eine Tischvorlage (Beschlussvorlage SR 214-(V.)/2012) gibt. Sein Vorschlag wäre, diese hinter dem TOP 9 als TOP 10 zu behandeln. Die nachfolgenden TOP verschieben sich entsprechend.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es dazu keine Einwände.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 17. Januar 2012

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 17. Januar 2012 bestehen keine Einwände.

zu TOP 4 Auflösung des Vertragsverhältnisses mit der Initiative HaldensLeben-dig e.V.
Vorlage: 202-(V.)/2011

Auflösung des Vertragsverhältnisses mit der Initiative HaldensLeben-dig e.V. - Beschlussvorlage SR 202-(V.)/2011

Dezernent Otto verweist auf die Begründung zur Beschlussvorlage, in der der Sachverhalt ausführlich dargestellt wurde.

Stadtrat Hermann Ortlepp teilt mit, dass er jahrelang als Sachbearbeiter beim Steuerbüro für HaldensLeben-dig tätig war und er die Veröffentlichungen, die in letzter Zeit erfolgt sind, nicht so richtig nachvollziehen könne. Weiterhin sei er der Meinung, dass die Wobau als Vermieter der Räume für die Mobilitätszentrale fungieren könnte, aber die Betreuung der Mobilitätszentrale hätte dem Verein HaldensLeben-dig übertragen werden können. Durch die geplante Konstellation entstehen der Stadt zusätzlich Kosten.

Dezernent Otto möchte Stadtrat Ortlepp darauf aufmerksam machen, dass er in dieser Angelegenheit befangen sei und nicht mitwirken dürfe.

Stadtrat Hermann Ortlepp sei der Meinung, dass eine Befangenheit in seinem Fall nicht gegeben sei. Er sei lediglich Angestellter in einem Steuerbüro. Er wolle Schaden von der Stadt abwenden.

Ausschussvorsitzender Stefan Gratzke denke auch, dass man auf die Befangenheit hinweisen sollte, aber im Endeffekt müsse jeder Stadtrat für sich selbst feststellen, ob er befangen ist oder nicht.

Stadtrat Hermann Ortlepp merkt erneut an, dass der Stadt zusätzlich Kosten entstehen werden; es besteht eine Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben. Vielleicht wurde durch den amt. Vorsitzenden des Vereins, der gleichzeitig Mitarbeiter der Stadtverwaltung ist, den Mitgliedern des Vereins der Sachverhalt, was die Perspektive des Vereins betrifft, nicht richtig dargestellt. Ihnen wurde vielleicht suggeriert, dass sich die Weiterbetreuung des Vereins wirtschaftlich nicht mehr lohne. Da sei er anderer Meinung.

Bürgermeister Eichler macht deutlich, dass die Stadtverwaltung immer für den Verein eingestanden ist, obwohl es keine originäre Aufgabe für eine Verwaltung ist. Kritik am Verein haben immer wieder einige Stadträte geäußert. Insofern sei die Aussage von Stadtrat Ortlepp nicht zutreffend.

Nach Auffassung von Stadtrat Hermann Ortlepp hätte die Mobilitätszentrale nicht die Wobau betreiben müssen, sondern die Aufgabe hätte vom Verein übernommen werden können.

Ausschussvorsitzender Stefan Gratzke habe in Erinnerung, dass die Betreuung der Mobilitätszentrale ausgeschrieben wurde. Seines Erachtens habe sich der Verein HaldensLeben-dig nicht beworben.

Tatsache sei, so Dezernent Otto, dass die Wobau seit Sommer letzten Jahres Eigentümerin des Bahnhofes ist, weil die Stadt auf die Art und Weise kurzfristig den Bahnhof wieder in die Verfügungsgewalt der Kommune bringen konnte. Die Wobau soll den Bahnhof wieder herrichten, was sie auch erstaunlich schnell schafft. Die Wobau hat den Bahnhof nicht zum Selbstzweck erworben, sondern der Bahnhof soll für die Stadt den Zweck erfüllen, den er früher hatte und zwar für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt sowohl für die Bürger als auch für Besucher der Stadt zur Verfügung zu stehen. Einen Bahnhof kann man nicht mehr wie zu früheren Zeiten betreiben, es ist ein Zuschussbetrieb, aber es ist ein Betrieb, den man, wenn man ihn ordentlich organisiert, zumindest einigermaßen wirtschaftlich darstellen kann. Das ist das Ziel, was die Wobau auch vor Augen hat. Sie wird Teile des Bahnhofes vermieten, um über die Mieteinnahmen ihre Kosten zu reduzieren. Es wird nicht nur einen schlichten Fahrkartenverkauf wie früher geben, sondern es soll eine sogenannte Mobilitätszentrale entstehen, in der Funktionen wie Fahrkartenverkauf und Informationen rund um den öffentlichen Personennahverkehr integriert sein werden, man wird dort Zeitschriften, Kaffee, Getränke, kleine Snacks usw. kaufen können. Die Verwaltung habe gemeinsam mit dem Land immer darauf hingewirkt, dass auch die Stadt- und Tourismusinformation dort mit untergebracht werden sollten, um die Gesamtbetriebskosten und die Personalkosten (3 Personen erforderlich, um hinlängliche Öffnungszeiten gewährleisten zu können) einigermaßen erträglich gestalten zu können. Nach dem die Wobau sich bereit erklärt habe, diese Aufgabe im Bahnhof zu übernehmen, habe die Verwaltung gemeint, dass die 50,0 TEuro, die auch einem Dritten zur Defizitdeckung zur Verfügung gestellt worden wären, wenn er die Funktion Stadt- und Tourismusinformation mit einbindet, auch der städtischen Gesellschaft nicht vorenthalten werden sollten. Das ist der Hintergrund für die Beschlussvorlage und das Ansinnen gewesen, mit dem die Verwaltung im Herbst letzten Jahres an die Initiative Haldens-Leben-dig herangetreten ist mit der Fragestellung, ob die Stadt- und Tourismusinformation einvernehmlich aus dem Ve-

tragsverhältnis heraus gelöst werden könne. Die Antwort war, dass dann HaldensLeben-dig nicht mehr wirtschaftlich weiter arbeiten könne und den Betrieb einstellen müsse.

Zu den 50.000 €, die Herr Ortlepp angesprochen habe, sei zu sagen, dass diese Mittel zur Refinanzierung der Funktion Stadt-/Tourismusinformatio n zur Verfügung gestellt wurden. Die konkrete Person, die seinerzeit aus der städtischen Einrichtung Stadt- und Tourismusinformatio n an den Verein HaldensLeben-dig übergegangen ist, wird, was auch der Beschlussvorlage zu entnehmen ist, wieder im Bereich der Kindertagesstätten tätig werden. Das ist eine Erzieherin gewesen, die auch in diesem Bereich wieder tätig werden möchte. Im Bereich der KITAS gibt es ohnehin personellen Bedarf, so dass sich daraus keine Mehrkosten ergeben. Wenn die Verwaltung die Stadt- und Tourismusinformatio n selbst wieder betreiben würde, hätte sie die Kosten auch; dann müsste die Verwaltung dafür nämlich anderes Personal einstellen.

Wenn sich **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** recht erinnere, ist bei der Ausschreibung denjenigen, die die Mobilitätszentrale hätten betreiben wollen, weniger als 50,0 TEuro angeboten worden (5 bis 10 TEuro weniger). Warum sollen der Wobau 50,0 TEuro zur Verfügung gestellt werden? Weiterhin stelle sich für ihn die Frage, warum der Wobau überhaupt 50,0 TEuro bezahlt werden sollen, wenn es einen Ausschüttungsbeschluss von der Wobau an die Stadt gibt. Das Geld wird nur hin und her gegeben, was nicht notwendig sei.

Was die 5 bis 10 TEuro anbelangt sei zu sagen, so **Dezernent Otto**, dass sich der Zuschuss an HaldensLeben-dig auf 45,0 TEuro belief. Bei den Verhandlungen mit der NASA habe die Stadt immer zum Ausdruck gebracht, dass der städtische Zuschuss für die Mobilitätszentrale bis 50,0 TEuro betragen könnte.

Nach Auffassung von **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** seien die 50,0 TEuro zusätzlich.

Die 50,0 TEuro seien nicht zusätzlich, antwortet **Dezernent Otto**. Diese Mittel sind für die Erfüllung der Aufgabe Stadt- und Tourismusinformatio n zweckgebunden, nur nicht durch diese Person. Man müsse gedanklich die Person von der Aufgabe trennen und die Aufgabe ist die Wahrnehmung einer Stadt- und Tourismusinformatio n dann eben nicht mehr wie früher durch die Stadt oder durch HaldensLeben-dig, sondern zukünftig am Bahnhof im Rahmen der Mobilitätszentrale durch die Wobau. Im Jahre 2007/2008 habe die Stadt das Angebot gemacht, dass, wenn der Bahnhof wieder belebt und betrieben wird, dann würde die Stadt sich auch diese Funktion Stadt- und Tourismusinformatio n dort vorstellen können, um die Gesamtkosten oder das Kostengefüge erträglich gestalten zu können. Wenn die Aufgabe ein Dritter übernommen hätte, wäre auch so verfahren worden, warum sollte es bei der Wobau jetzt anders sein? Was die Ausschüttung betrifft, sei bekannt, dass die Wobau in den letzten Jahren nicht regelmäßig Gewinnausschüttungen tätigen konnte. Da die Wobau im vergangenen Jahr und auch in diesem Jahr erhebliche Investitionen tätigt, werde es voraussichtlich auch keine Gewinnausschüttung geben können.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling denke, dass es einen Entwurf eines Vertrages hinsichtlich der Übertragung der Mobilitätszentrale, der Aufgaben der Stadtinformatio n an die Wobau geben müsse. Diesen hätte er gern bis Donnerstag zum Hauptausschuss eingesehen. Weiterhin sei es geplant, 2 neue Halbtagsstellen in der Stadtverwaltung zu schaffen. Er nehme an, dass es dafür auch eine Grundlage im Haushaltplan gibt. Wenn man mit der Wobau vereinbaren würde, dass die Wobau diese Personen beschäftigt, um alle Aufgaben in der Mobilitätszentrale erfüllen zu können, dann könnte die Stadt bestimmt entlastet werden, da die Mitarbeiter dann nicht im öffentlichen Dienst, sondern bei der Wobau beschäftigt wären. Seine Überlegung gehe dahin, ob die Verwaltung dieses Geld wirklich ausgeben müsse.

Bürgermeister Eichler merkt an, dass die Wobau einen höheren Tarif habe als der öffentliche Dienst. Entscheidend sei, dass damals, als die Aufgaben an HaldensLeben-dig übertragen wurden, gleichermaßen der Stundenanteil im Gewerbeamt für die Marktbewirtschaftung reduziert wurde. Jetzt gibt es lediglich wieder einen Aufwuchs um den Betrag, den die Verwaltung vor Jahren eingespart habe. Die Aufgaben zusätzlich ohne Stunden-erhöhung zu erfüllen, sei nicht zu leisten. Im Haushaltsplan 2012 gibt es noch keine Grundlage dafür, weil dafür der Stadtrat noch keinen Beschluss gefasst habe. Dies müsste dann im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2012 geregelt werden.

Stadträtin Regina Blenkle interessiert, woher die Summe in Höhe von 26,0 TEuro aus der Vergabe von Gastronomieständen zum Altstadtfest resultiere. Als sie bei der Auswertung des Altstadtfestes im Schulausschuss gefragt hatte, welche Einnahmen aus dem Vertrag, aus dem damals im Schulausschuss eine Geheimsache gemacht worden ist, resultieren, konnte ihr Frau Scherff keine Antwort geben.

Dezernent Otto antwortet, dass sich die Verwaltung die Zahlen vorlegen lassen habe. Es sind die Werte, die in den vergangenen Jahren durchschnittlich erzielt wurden.

Und was die Geheimsache anbelangt, Frau Scherff hatte den Vertrag nicht, aber der Vertrag ist im Jahre 2008 allen Fraktionsvorsitzenden übergeben worden. Der Vorwurf einer Geheimsache sei unbegründet.

Stadträtin Regina Blenke bittet zu protokollieren, dass es kein Vorwurf, sondern einfach eine Feststellung war. Der Vertrag sollte dem Hauptausschuss vorgelegt werden; das sei bis heute nicht erfolgt. Mittlerweile habe sich das auch erledigt, weil der Verein seine Tätigkeit beenden soll. Von daher war es schon ein Stück weit geheim, denn ihre Fragen zu diesem Sachverhalt konnten damals nicht beantwortet werden.

Herr Zimmermann ergänzt, dass die Einnahmen der Jahresrechnung 2009 des Vereins entnommen wurden.

Auf die Frage von **Stadträtin Regina Blenke**, ob diese Jahresrechnung schon den Stadträten vorgelegt wurde, antwortet **Bürgermeister Eichler**, dass die Vereine in sich selbständige Einheiten sind. Sie müssen ihren Haushaltsplan nicht den Stadträten vorlegen.

Da nach Auffassung von **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** den Stadträten nicht ausreichend Informationen vorliegen, stellt er den Antrag, den Beschluss heute auszusetzen bzw. heute keine Empfehlung auszusprechen. Die Stadträte haben das Recht, zu prüfen, wie sich die Summen, die in der Beschlussvorlage aufgeführt sind, zusammensetzen. Es wäre gut, wenn die Verwaltung die Zahlen konkret untersetzen würde.

Ausschussvorsitzender Stefan Gratzke wirft ein, dass es sich bei den Zahlen um Orientierungswerte handelt, die in den vergangenen Jahren erzielt wurden. Ob diese so eintreffen, werde man sehen. Zu der Nachweispflicht, die immer gefordert wird, sei zu sagen, dass die Vereine lediglich die Verwendung der Gelder nachzuweisen haben, die sie aus dem städtischen Haushalt erhalten haben. Dies sei erfolgt. Frau Engel habe eine Prüfung vorgenommen.

Für das Protokoll möchte **Stadträtin Regina Blenke** dem klar und deutlich widersprechen. Wenn ein Verein öffentliche Gelder, d.h. Steuergelder in Anspruch nehmen wolle, dann sei er verpflichtet, zu sagen, warum wieso, weshalb er das Geld benötigt. Dazu gehöre für sie auch die Aussage, warum der Verein mit seinen eigenen Mitteln nicht auskommt.

Bürgermeister Eichler erwähnt, dass heute noch keiner sagen könne, ob 2012 zum Altstadtfest ähnliche Einnahmen erzielt werden können. Vielleicht kommen weniger Standbetreiber, vielleicht mehr. Deshalb können die 26 TEuro nur eine Orientierung sein. Seines Erachtens wollte Frau Blenke den Verein HaldensLeben-dig schon lange nicht mehr. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo dieser Verein seine wirtschaftliche Tätigkeit einstellt; somit müssen die Aufgaben zurück genommen werden oder man entscheidet sich dafür, die Aufgaben nicht mehr durchzuführen. Jetzt sehe man, was das alles kostet.

Wenn **Stadträtin Regina Blenke** Probleme mit einem Verein habe, dann deshalb, weil sie den Eindruck vermittelt bekomme, dass einige lockerer an der Geldquelle sitzen und andere sich dafür wesentlich mehr nach der Decke strecken müssen. Den Vorwurf, sie sei schon immer gegen den Verein HaldensLeben-dig gewesen, möchte sie zurückweisen. Geärgert habe sie, dass in Größenordnungen in diesen Verein sehr viel Geld hereingeflossen ist, ohne dass die Stadträte eine gewisse Transparenz gehabt haben. Diese Transparenz fehle noch bis heute. Wie Herr Neuzerling schon angedeutet habe, gibt es diverse Unklarheiten. Die Stadträte sollen sich mit vielen Dingen einverstanden erklären, obwohl ihnen die entsprechenden Informationen oftmals dazu nicht vorliegen. Damals gab es schon die Diskussion, dass der Verein seine Einnahmen darstellen sollte. Es bestand die Frage, ob nicht die Mitgliedsbeiträge zu gering angesetzt waren. Auch der Tierschutzverein war lange in der Kritik, aber der Verein habe die Offensive noch vorn angetreten, habe die erforderlichen Nachweise erbracht und seinen Wirtschaftsplan vorgelegt. Das sei in Ordnung. Bei der Fördermittelvergabe habe der Verein HaldensLeben-dig Fördermittel für die HUPE bewilligt bekommen, im Gegenzug musste das Turmtheater Haldensleben auf die Mittel für eine Bühne verzichten. Das Schlimmste sei, dass die eigenen Vereinsmitglieder bei den Stadträten die Türen eingelaufen sind und die Stadträte gebeten haben, sich um die Situation im Verein zu kümmern; die Stadträte haben sich gekümmert, ihre Verantwortung wahrgenommen und dann werden sie kritisiert – dies könne nicht sein.

Zu den Fördermitteln möchte **Bürgermeister Eichler** anmerken, dass die Fördermittel zur allgemeinen Verfügung standen, jeder Verein konnte sich bewerben und sein Konzept vorstellen. Man müsse immer sehen, wofür das Geld ausgegeben worden ist. Seines Erachtens sei die HUPE ein Erfolg für die Stadt Haldensleben; der Zweck wurde hier erfüllt. Der Modus wurde 2007 geändert, damit jeder, nicht nur der Verein HaldensLeben-dig in den Genuss einer Förderung kommen konnte. Dass das Turmtheater keine Berücksichtigung bezüglich Förderung fand, beruht auf einer Mehrheitsentscheidung des Hauptausschusses. Diese müsse man akzeptieren. Er müsse auch Dinge akzeptieren, die ihm nicht gefallen.

Nach Auffassung von Stadtrat Ralf W. Neuzerling könne der Stadtrat keinen Beschluss „ins Blaue hinein fassen“. In der Vorlage steht, dass 2 neue Personalstellen geschaffen werden sollen, aber er könne aus den Unterlagen nicht erkennen, ob diese 2 Stellen wirklich vom Arbeitsaufwand her benötigt werden. Dies müsste doch von der Verwaltung belegt werden; erst dann könne er eine Empfehlung aussprechen.

Das Problem sei, dass Stadtrat Neuzerling zu allem immer sehr viel sagt und fragt, aber die Dinge, die vorliegen, entweder nicht liest oder aber bewusst verkürzt oder verdreht wiedergibt, um anschließend den Eindruck zu vermitteln, als würde irgendetwas nicht stimmen, meint Dezernent Otto. In der Begründung sind die Aufgaben beschrieben und ist auch beschrieben, dass seitens der Verwaltung eingeschätzt wird, dass damit ein Stunden-aufwand von 30 und 25 Stunden verbunden sein wird. Ob die Aufgaben weiterhin wahrgenommen werden sollen, obliege der Entscheidung der Stadträte. Wenn die Verwaltung diese Aufgaben im Interesse der Stadt weiterhin wahrnehmen soll, dann benötige man mehr Personal.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling möchte sich gegen die Aussage von Herrn Otto verwahren, dass er Tatsachen verdrehe oder bewusst verkürze.

Zum Sachverhalt zurückkehrend, würde es Stadtrat Ralf W. Neuzerling interessieren, worauf die Angaben, die in der Beschlussvorlage gemacht wurden, beruhen. Es sollten die Stundennachweise und die Aufgabenverteilung vom Verein vorgelegt werden.

Da die Aufgaben früher von der Stadtverwaltung wahrgenommen wurden (bis auf die HUPE) wisse die Verwaltung, welcher Mehraufwand sich daraus ableitet, äußert Dezernent Otto.

Ausschussvorsitzender Stefan Gratzke fasst zusammen, dass in der Beschlussvorlage die Aufgaben aufgeführt sind. Man müsse sich nunmehr darüber im Klaren sein, ob man diese Aufgaben weiter bedient haben möchte. Für diese Aufgaben hat die Stadtverwaltung einen Zeitaufwand veranschlagt. Er persönlich möchte über die Vorlage heute abstimmen, weil er der Meinung ist, dass die Angaben der Verwaltung als Orientierung zu sehen sei. Den tatsächlichen Aufwand werde man sehen, wenn die Arbeiten anfallen.

Der Ausschussvorsitzende stellt zunächst den Antrag von Stadtrat Ralf W. Neuzerling, heute nicht über die Beschlussvorlage abzustimmen, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Herr Ortlepp nimmt aufgrund von Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.)

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Stefan Gratzke über die vorliegende Beschlussvorlage abstimmen:

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen dem Stadtrat, der Beschlussvorlage SR 202-(V.)/2011 - Auflösung des Vertragsverhältnisses mit der Initiative HaldensLeben-dig e.V. – zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Damit wird die Beschlussvorlage nicht empfohlen.

(Herr Ortlepp nimmt aufgrund von Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.)

zu TOP 5 Finanzielle Beteiligung der Stadt Haldensleben an der Wiederinbetriebnahme des Schiffshebewerkes Magdeburg
Vorlage: 212-(V.)/2012

Finanzielle Beteiligung der Stadt Haldensleben an der Wiederinbetriebnahme des Schiffshebewerkes Magdeburg - Beschlussvorlage SR 212-(V.)/2012

Ausschussvorsitzender Stefan Gratzke erwähnt, dass der Sachverhalt allen bekannt sein dürfte und fragt, ob es zur Vorlage zur Diskussionsbedarf gibt.

Stadträtin Regina Blenkle möchte anmerken, dass der Haushalt knapp bemessen ist und der Antrag ihrer Fraktion auf Erlass der Kopierkosten in den Grundschulen a` 3.500 Euro unter Verweis fehlenden Geldes abgelehnt wurde. Deshalb findet sie es unpassend, wenn die Stadt jetzt 5.000 Euro für ein Schiffshebewerk bezuschussen soll. Das Schiffshebewerk ist ein sehr wichtiges und interessantes Technisches Denkmal, aber es entspreche von der Abfolge her nicht ihrer Prioritätenliste. Sie werde der Beschlussempfehlung nicht zustimmen.

Nach Auffassung von **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** sollte die Beschlussvorlage konkretisiert werden und zwar sollte festgehalten werden, dass sich die Stadt Haldensleben an den Folgekosten aus den verschiedensten Gründen in Zukunft nicht beteiligen werde.

Die Beschlussvorlage habe die Erstinbetriebnahme des Schiffshebewerkes zum Inhalt. Es werde kein Beschluss über laufende Betriebskosten getroffen, erklärt **Bürgermeister Eichler**.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling denke schon, dass man in der Beschlussvorlage verdeutlichen sollte, dass die Stadt Haldensleben bereit sei, das Schiffshebewerk mit in Gang zu setzen, aber sie sich an den Folgekosten nicht beteiligen werde. Wenn man das offen lässt, dann könnte man später sagen, die Stadt Haldensleben habe sich an den Kosten der Wiederinbetriebnahme beteiligt, also habe sie sich auch an den Folgekosten zu beteiligen.

Der Beschluss sei erst einmal die Grundlage, damit die Stadt Magdeburg die Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium führen könne, so **Bürgermeister Eichler**. Man wisse noch nicht, ob das Projekt zum Tragen kommt. Wie Frau Blenkle richtigerweise angemerkt hat, handelt es sich um ein techn. Denkmal, von dem Haldensleben als Standort für Wassersporttourismus auch profitieren würde. Aus dem Grunde würde er empfehlen, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Stadträtin Regina Blenkle merkt an, dass in der Beschlussvorlage Bezug genommen wird auf den Hauptausschuss vom 03. April 2008. Dieser Beschluss sei nicht mehr gültig.

Das Datum diene nur dazu, den Verlauf der Diskussion darzustellen, teilt **Bürgermeister Eichler** mit.

Ausschussvorsitzender Stefan Gratzke möchte dem Argument folgen, dass die Stadt lediglich die Inbetriebnahme des Schiffshebewerkes bezuschusse. Eine Beteiligung der Kosten für den weiteren Betrieb stehe in keiner Weise zur Debatte.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling bittet, die Beschlussvorlage entsprechend zu konkretisieren.

Dezernent Otto fragt sich, warum sich der Stadtrat so oder so schon binden sollte. Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass für den Betrieb auch Zuschüsse aus der Region nötig würden und nicht aus dem Betrieb heraus erwirtschaftet werden können, dann werde die Stadt Magdeburg bzw. der Verein erneut an die Kommunen herantreten. Dann stehe es dem Stadtrat wieder frei, zu entscheiden, ob man sich beteiligt oder nicht. Mit der Beschlussvorlage sei keine Rechtspflicht für die Stadt Haldensleben verbunden, zukünftig weiter zahlen zu müssen.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen dem Stadtrat, der Beschlussvorlage SR 212-(V.)/2012 - Finanzielle Beteiligung der Stadt Haldensleben an der Wiederinbetriebnahme des Schiffshebewerkes Magdeburg – zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Der **TOP 6** und der **TOP 7** entfallen; es liegen im öffentlichen Teil keine Mitteilungen vor. Es werden auch keine Anfragen gestellt bzw. Anregungen gegeben.

Stefan Gratzke
Ausschussvorsitzender

Protokollführer